

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Hauptblatt und gelesenste Zeitung im Amtsgerichts-Bezirk Bischofswerda und angrenzenden Gebieten

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schullinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Wöchentliche Beilagen; Sonntags-Unterhaltungsblatt. — Geschäftsstelle: Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22.

Erklärung: Jeden Dienstag abends für den folgenden Tag. Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich 2,00 M., bei Zustellung ins Haus monatlich 2,25 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 8,00 M. — ohne Zustellungsgebühr. Die Postämter, Postboten, sowie Zeitungsträger und die Empfänger des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postkonto: Amt Leipzig Nr. 21543. — **Gewinn:** verbandsgewinn Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle hoherr Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Vorrückung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Grundzeile (Zm. Maße 14) oder deren Raum 60 Pfg., östliche Anzeigen 60 Pfg. Im Zeitteil (Zm. Maße 14) 220 Pfg., die 3. und 4. Zeile. Bei Wiederholungen nachfolgend nach feststehenden Sätzen. — **Amliche Anzeigen** die gespaltene Zeile 120 Pfg. — Für bestimmte Tage oder Plätze wird kein Gewähr geleistet. — **Erfüllungsort:** Bischofswerda.

Nr. 246.

Donnerstag, den 21. Oktober 1920.

75. Jahrgang.

Sachsens Anteil an den Bauzuschüssen des Reiches.

52. Von dem im Jahre 1919 vom Reich für Übersteuerungszuschüsse für Wohnungsbauten zur Verfügung gestellten 600 Millionen Mark sind auf Sachsen 42,1 Millionen Mark entfallen, so daß unter Annahme der Staats- und Gemeindegeldzuschüsse 1919 insgesamt 84,2 Millionen Mark zur Verfügung standen. Auf Veranlassung der Staatsregierung, die eine stärkere Beteiligung des industriell nicht besiedelten und von der Wohnungsnot am schwersten betroffenen Staates Sachsens forderte, wurden die Sachsen zur Verfügung gestellten Reichsmittel bis Ende 1919 auf insgesamt 54 135 000 Mark erhöht.

Bis zum gleichen Zeitpunkt waren Zuschüsse für insgesamt 14 500 Wohnungen nachgefordert. Hiervon konnten zunächst 6 290 Wohnungen berücksichtigt werden; hierfür wurden die Zuschüsse durch Vorbescheide zugesagt; das Landesbauamt bezieht sich dabei auf eine Rücklage von 16 Millionen Mark in Erwartung etwa notwendig werdender Nachbewilligungen. Das Zuschußverfahren war auf den Grundbesitz gestellt, daß alle den anzunehmenden künftigen Dauerertragwert der Gebäude überschreitenden Verteuerungen aus öffentlichen Mitteln getragen werden sollten.

Im Herbst 1919 setzte indessen eine alle Befürchtungen weit überschreitende Verteuerung aller Baukosten ein, die in ihrer Steigerung ins Maßlose anwuchs. Diese Entwicklung nötigte zunächst dazu, in einer Anzahl von Fällen, namentlich bei, wo auf rechtzeitige Fertigstellung der Bauten keine Aussicht war oder ungewöhnlich hohe Mittel angefordert waren, die zugesagten Zuschüsse zu beschränken oder zurückzugeben.

Trotzdem ergab sich Ende des Jahres 1919, daß die reichlich vorgesehene Rücklagen bei weitem nicht ausreichten. Auf Grund vorläufiger Schätzungen mußte bei der Reichsregierung die Nachbewilligung von 30 Millionen Ergänzungszuschüssen dringend beantragt werden. Das Reich stellte darauf insgesamt weitere 50 Millionen, wovon für Sachsen 4 164 000 Mark zur Verfügung.

Auf Grund der am 1. April 1920 eingetretenen weiteren Bauerschätzungen wurde eine neue Schätzung der zur Fertigstellung der begonnenen Bauten noch erforderlichen Mittel vorgenommen. Man mußte sich zu der Maßnahme entschließen, die künftigen Dauerertragswerte um mindestens 50 Prozent des Friedenswertes zu erhöhen und kam trotz dieser zuweilen als hart empfundenen Regelung noch zu einem weiteren Bedarf von 36 Millionen Mark. Das Reich stellte hierauf weitere 1 650 Millionen, davon für Sachsen 12 492 000 M. zur Verfügung. Insgesamt hat Sachsen an Reichsmitteln nach altem Zuschußverfahren 70 791 000 M. erhalten; es bestand indessen ein Verdrbedarf von 23 Millionen Mark und die Regierung erbat und erhielt von der Reichsregierung die Zusicherung, daß diese Summe aus den für 1920 zur Verfügung zu stellenden Mitteln vorweg entnommen werden dürfe.

Das Zuschußverfahren nach den Bundesratsbestimmungen vom 31. Oktober 1918 ging davon aus, alle den künftigen Dauerertragwert überschreitenden Verteuerungen der beantragten Bauten auf öffentliche Mittel zu übernehmen.

Das neue Baukostenzuschußverfahren nach den Bundesratsbestimmungen vom 10. Januar 1920 beschränkte den Zuschuß auf eine Wohnfläche von 70 Quadratmeter und auf einen bestimmten Betrag für den Quadratmeter dieser Wohnfläche. Dieser Betrag, ursprünglich noch niedriger angenommen, aber auf Betreiben der sächsischen Regierung erhöht, belief sich auf nur 165 M. oder 180 M. an Reichsmitteln — zu denen noch ein Drittel an Gemeindemitteln hinzutritt, während der Staat unbeteiligt ist — und erwies sich sofort als vollkommen unzulässig, denn die Baukosten beliefen sich auf etwa 1000 bis 1200 M. für den Quadratmeter. Die unheimlichen Fehlbeträge vermochte niemand zu übernehmen; deshalb war die Bauaktivität nach dem neuen Verfahren sofort fast völlig unterbrochen. Den entscheidenden Vorstellungen der sächsischen Regierung ist es später gelungen, bei der Reichsregierung zu erwirken, daß der Zuschußbetrag verdoppelt werden konnte.

Nach dem neuen Verfahren wurden dem Staate Sachsen an Reichsmitteln überwiegen 45 000 000 M. Hieron waren zunächst auf die nach den Bundesratsbestimmungen vom 31. Oktober 1918 beantragten Bauten zu verwenden 23 000 000 M., so daß für neue Wohnungsbauten im Jahre 1920 nur 22 000 000 M. zur Verfügung standen. Die Volkshausbaukommission in Vertretung der erstinstanzlichen großen Schlichterstellen durch Beschluß vom 23. Juli 1920 weitere

50 Millionen Mark als Voranschlag auf den Ertrag der geplanten Mietsteuer zur Verfügung. Insgesamt werden aus vorhandenen Mitteln rund 1440 Wohnungen mit durchschnittlich je 50 000 M. Zuschuß bedacht.

Zukunftsansichten auf dem sächsischen Wohnungsmarkt.

Die sächsische Volkstammer hat der Regierung die Antwort zu den zur Frage der Förderung des Kleinwohnungsbaus von der Volkstammer gefaßten Beschlüssen zugehen lassen. In dieser Antwort wird im besonderen über die Ursachen der Wohnungsnot, über die Zukunftsaussichten, über die Baustoffe, über die Erhaltungsaussichten, über Verbilligungsmöglichkeiten, Baukostenzuschüsse und künftige Finanzierung der Wohnhausbauten dargelegt, welchen Standpunkt die Regierung zu dieser Frage einnehmen soll.

Von allgemeinem Interesse ist, was die Regierung über die künftige Gestaltung der Wohnungslage in Sachsen sagt. Es wird ausgeführt, daß ein sicheres Urteil zunächst noch nicht zu gewinnen sei, daß aber anzunehmen sei, daß die Zahl der Eheschließungen stark zurückgehen werde, sobald die während des Krieges ausgefallenen Ehen nachgeholt sein werden, die Vormehrung künftiger Ehen durch Herabsetzung des Heiratsalters zur Wirkung kommt und die Steuerlasten möglicherweise auch die Arbeitslosigkeit und der wirtschaftliche Druck steigen werden.

Die Zahl der Kriegserwitwen, die ihren Haushalt aufrecht erhalten haben, wird sich von Jahr zu Jahr vermindern. Dadurch wird Wohnraum frei werden. Während die Geburtenzahl vor dem Kriege in Sachsen 1913: 127 482 und 1914: 121 912 betrug, ging sie während des Krieges zurück 1915 auf 90 153, 1916: 61 185, 1917: 52 623, 1918: 54 913 und belief sich auch 1919 nur auf 88 422. Sobald diese stark verminderten Jahrgänge heiratsfähig werden, wird demnach auch die Zahl der Eheschließungen sehr gering sein, die Nachfrage nach Wohnungen also vermindert werden. Die Abnahme der Zahl der Eheschließungen wird hiernach in etwa 15 Jahren in ihren Höhepunkt eintreten. Andererseits ist zu beachten, daß der Wohnungsneubau ohne staatliche Unterstützung noch auf Jahre hinaus unmöglich sein wird, also zunächst auch künftig noch ein Zurückbleiben des Wohnungsbaues hinter dem Bedarf die Wohnungsnot erhöhen kann.

Die Spaltung in der unabhängigen Partei Sachsens

Dresden, 20. Oktober. Mit der Abstimmung in Halle ist selbstverständlich auch innerhalb der unabhängigen Partei Sachsens die Spaltung vollzogen. Die sächsische Parteileitung gibt jetzt bekannt, daß die vom deutschen Parteivorstand herausgegebenen Richtlinien, nach denen Mitglieder, die die 21 Anschlussbedingungen der kommunistischen Moskauer Internationale anerkannt haben, ihre Mitgliedschaft in der U. S. P. D. aufzugeben und sich der kommunistischen Partei-Sektion der dritten Internationale anzuschließen haben, von jetzt ab von allen sächsischen Organisationsleitungen und Parteimitgliedern durchzuführen und zu beachten sind. Alle diese Mitglieder werden aus den Mitgliedslisten gestrichen und sie können öffentliche Ämter oder politische Vertretungen im Namen der Partei nicht mehr ausüben. Von den sächsischen Delegierten stimmten 23 für den Anschluss an die Moskauer Zentrale und 48 dagegen. Die bisherigen Führer der sächsischen unabhängigen Partei befinden sich fast sämtlich unter den Verneinern des Anschlusses an die Moskauer Zentrale, im besonderen ist unter den Beauftragten des Anschlusses keiner der sächsischen unabhängigen Landtags- oder Reichstagsabgeordneten.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag trat am Dienstag, 19. Oktober, wieder zusammen. Präsident Loh e eröffnete die Sitzung und findet in seiner Begrüßungsansprache warme Worte für das neue Reich, das hinter uns liegt, und das man uns noch künftig zu führen will. Er gebietet der bedrängten Landsteuere in Schlesien und begrüßt die deutsche Tat in Kärnten unter lebhaftem Beifall.

Auf der Tagesordnung stehen 35 kleine Anfragen, die zum Teil schon vor mehreren Monaten gestellt worden sind. Die Vorlage zur Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzeswurfs über die Beschäftigung Schwerbeschädigter wird in allen drei Lesungen angenommen. Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Mittwoch, 2 Uhr. Tagesordnung:

Schleuniger Antrag Ledebour (Unabh.) über die Ausweisung der Russen Sinowjew und Kowomski. Gesetz gegen die Kapitallucht.

Zur Gesundung der Finanzen.

Im Reichswirtschaftsrat haben eine Reihe von Mitgliedern, darunter Chefredakteur Georg Bernhardt, Dr. Löffler und andere einen Antrag eingebracht, mit Rücksicht auf die fortschreitende Zerrüttung der deutschen Währung durch die systemlose und preistreibende Papiergeldwirtschaft des Reiches und mit Rücksicht auf die unbefriedigenden Ergebnisse der Kriegsteuereinführung sofort einen Währungs- und Steuerauschuß einzusetzen, dem folgende Aufgaben zu stellen sind: Vereinfachung des Steuereinzuges und Reform der Steuereinführung. Sicherung der Kaufkraft des Geldes im Inlande durch geeignete währungspolitische und volkswirtschaftliche Maßnahmen, sowie die Vorbereitung von Maßnahmen, die geeignet sind, die Bemerkung des deutschen Geldes im Auslande zu verbessern und zu stabilisieren.

Die Wahrheit über Oberschlesien.

Berlin, 19. Oktober. (B. I. B.) Dem Reichstag ist eine Denkschrift des Auswärtigen Amtes über den Zustand in Oberschlesien im August und September 1920 zugegangen. In der Denkschrift werden die polnischen geheimen Nachrichten in allen Einzelheiten dargelegt sowie reiches altentworfenes Material zum Beweise des polnischen Vorgehens vorgebracht. Im Schlußwort heißt es: Noch jetzt seien die gefährlichen Zustände im oberschlesischen Abstimmungsgebiet nicht überall hergestellt. Die polnischen geheimen Organisationen bestehen nach wie vor. Ihre Führer seien auf freiem Fuße. Die Entwaffnungsaktion habe nur unvollkommene Ergebnisse erzielt. In einzelnen Landesteilen haben die ordnungsmäßigen Behörden die Gewalt noch nicht voll in der Hand. Von polnischer Seite wird dreifacher Widerstand geleistet. Die Grenze zwischen Oberschlesien und Polen sei offen. Die Arbeit in den Gruben und Hütten könne erst allmählich in vollen Gang kommen. Ausschreitungen der Polen gegenüber der deutschen Bevölkerung kämen fast täglich vor. Die gegenwärtigen Zustände im Abstimmungsgebiet lassen die im Friedensvertrag verbürgte freie und unbeeinträchtigte Ausrufung des Volkswillens nicht zu. Soll dem Friedensvertrag Genüge geschehen, so müssen Verhältnisse geschaffen werden, unter denen die Bevölkerung sich dessen sicher sein kann, daß nicht durch eine gewalttätige Minderheit ihre freie Stimmenabgabe unmöglich gemacht wird.

Eine neue Wendung der Kriegslage im Osten.

London, 19. Oktober. (Draht.) Der „Times“ zufolge werden die Bolschewisten die Wiedereinnahme von Minsk, das von den Polen ausgegeben worden ist.

Stockholm, 19. Oktober. (Draht.) Aus Minsk wird gemeldet, die Sowjettruppen haben einen großen Sieg über Wrangel im Raum von Nikopol davongetragen. Wrangels Kavallerie ist vollständig ausgerieben und befindet sich nach ungeheuren Verlusten auf voller Flucht.

Der englische Bergarbeiterstreik.

Amsterdam, 19. Oktober. (B. I. B.) „Telegraaf“ meldet aus London: Der Kohlenausstand ist heute allgemein. Mit Ausnahme der allernotwendigsten Arbeiten zur Ventilation und zur Entwässerung der Gruben ruht der Betrieb auf den Kohlenbergwerken vollständig.

London, 19. Oktober. (B. I. B.) Havelock Wilson erklärte gestern, daß wegen des Kohlenarbeiterstreiks bereits Tausende von englischen Seeleuten arbeitslos geworden seien.

London, 19. Oktober. Als nächste Folge des Streiks nimmt die Arbeitslosigkeit in England bereits einen großen Umfang an. In Südwales sind 250 000 Arbeiter ohne Beschäftigung, weil die Stahlwerke, die Eisereien und die Walzwerke sofort den Betrieb einstellen. In Sheffield feiern 85 000, in Swansea werden am kommenden Sonnabend 100 000 Arbeiter arbeitslos sein. Im Tyne-Industriegebiet sind 20 000 Arbeiter ausgesperrt, in der Grafschaft Dorset 10 000. Im Bezirke Glasgow wird innerhalb weniger Tage eine große Anzahl von Stahlwerken, Eisereien und anderen Metallwerken schließen müssen.

London, 19. Oktober. (B. I. B.) Der Präsident der Transportarbeiter-Gewerkschaften, Gosling, hat sich entschieden für eine Vermittlung im Streit der Bergarbeiter